NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 27.08.2026 | Ariela Groß

Keine Front für Iran

Die Huthis sitzen an einer der wichtigsten Handelsrouten der Welt. Nun nutzen sie die Gunst der Stunde – und eröffnen alte Fronten neu.

Als die USA und Israel Ende Februar dieses Jahres den Iran angriffen und damit eine neue militärische Eskalationsspirale im Nahen Osten und am Golf auslösten, schien es für viele Beobachter nur eine Frage der Zeit, bis auch die jemenitischen Huthis eingreifen würden. Als wichtiger Teil der sogenannten „Achse des Widerstands" galten sie als naheliegender Akteur einer möglichen Ausweitung des Konflikts – etwa durch erneute Angriffe auf die Schifffahrt im Roten Meer. Entgegen dieser Erwartungen übten sich die Huthis jedoch in bemerkenswerter Zurückhaltung. Zwar verurteilten sie die Angriffe der USA und Israels scharf und bekundeten ihre politische Solidarität mit Teheran. Signifikante militärische Schritte zur Unterstützung des Regimes blieben jedoch aus.

Seit Anfang Juli hat sich das geändert. Ausgelöst durch einen Streit mit Riad über die Landeerlaubnis für ein iranisches Flugzeug in Sanaa, griffen die Huthis wieder Ziele in Saudi-Arabien an – darunter Anlagen des Ölkonzerns Aramco und mutmaßlich für Saudi-Arabien fahrende Schiffe im Roten Meer. Zugleich nahmen sie die militärische Konfrontation mit der von Saudi-Arabien unterstützten, international anerkannten jemenitischen Regierung wieder auf. Angriffe auf militärische Einrichtungen, Versorgungswege und zivile Gebiete in Marib und Taiz sowie entlang der jemenitischen Westküste beendeten eine Phase relativer Stabilität, die seit dem UN-vermittelten Waffenstillstand von 2022 bestanden hatte.

Doch anders als es auf den ersten Blick scheinen mag, eröffnen die Huthis keine neue Front für den Iran. Sie nutzen vielmehr den Krieg gegen Iran, um ihre eigene alte Front wiederzueröffnen. Ihre Zurückhaltung in den vergangenen Monaten war keine Passivität, und schon gar keine Neutralität. Gerade die Lage am Bab al-Mandab verschafft ihnen einen geopolitischen Hebel, der weit über den Jemen hinausreicht. Sie können eine der wichtigsten Handelsrouten zwischen Asien und Europa bedrohen und damit nicht nur Saudi-Arabien,

sondern auch internationale Akteure unter Druck setzen. Während des Iran-Kriegs verzichteten sie bewusst darauf, diesen Hebel voll auszuspielen. Das Abwarten verschaffte den Huthis Zeit und hielt ihnen militärische Optionen offen, ohne dass sie erneut selbst zum Ziel massiver amerikanischer oder israelischer Angriffe wurden.

Die Angriffe auf Saudi-Arabien und die Wiederaufnahme der militärischen Konfrontation im Jemen sind nicht nur Ausdruck neuer Stärke.

Dass dieses „kalkulierte Abwarten“ nun offenbar endet, dürfte vor allem damit zu tun haben, dass sich ihre Kosten-Nutzen-Rechnung verändert hat. Der regionale Krieg hat ein strategisches Fenster geöffnet: Ihre Gegner sind militärisch gebunden, politisch abgelenkt und über den weiteren Umgang mit Iran und seinen regionalen Partnern uneinig. Zugleich wird der Status quo im Jemen für die Huthis riskanter. Eine neue Regierung in Aden versucht, ihre Position zu stabilisieren, während Saudi-Arabien und andere regionale Akteure ihre Rolle im Jemen neu justieren. Für die Huthis könnte ein eingefrorener Konflikt damit gerade dann gefährlich werden, wenn die Gegenseite diese Ruhe besser zu nutzen beginnt als sie selbst.

Hinzu kommt innenpolitischer Druck: Die wirtschaftliche und humanitäre Lage in den von den Huthis kontrollierten Gebieten hat sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft, während zugleich die Bereitschaft wächst, die Herrschaft und das Vorgehen der Bewegung offen infrage zu stellen. Die erneuten Angriffe können daher auch eine innenpolitische Funktion erfüllen: Sie lenken die öffentliche Aufmerksamkeit von den Problemen der eigenen Regierungsführung auf den äußeren Konflikt und erlauben es den Huthis, sich erneut als Schutzmacht gegen äußere Bedrohungen zu inszenieren. Die Angriffe auf Saudi-Arabien und die Wiederaufnahme der militärischen Konfrontation im Jemen sind deshalb nicht nur Ausdruck neuer Stärke. Sie lassen sich ebenso als präventive Reaktion auf die Sorge verstehen, dass sich das strategische Kräfteverhältnis ohne eigenes Eingreifen zu ihren Ungunsten verschieben könnte.

Besonders deutlich zeigt sich diese Konfliktdynamik in Mokka. Der strategisch gelegene Hafen an der jemenitischen Westküste ist mehr als ein weiteres militärisches Ziel: Seine Lage am Roten Meer, unweit der Meerenge von Bab al-Mandab, verleiht dem Angriff eine regionale Dimension. Zunächst aber richtet sich ein Angriff auf Mokka gegen Gebiete und Infrastruktur außerhalb der Huthi-Kontrolle und damit

gegen die international anerkannte jemenitische Regierung. Wer Mokka angreift, eröffnet daher nicht einfach eine weitere militärische Front. Er greift zugleich die politische und wirtschaftliche Grundlage seiner Gegner an.

Für die seit Anfang Februar amtierende jemenitische Regierung ist diese Entwicklung bedrohlich. Sie stellt die Regierung vor ein Dilemma, das sich nur schwer auflösen lässt. Reagiert sie nicht entschieden auf die Angriffe, riskiert sie einen Autoritätsverlust und verstärkt den Eindruck, dass sie weder ihr Territorium noch ihre Infrastruktur schützen kann. Reagiert sie dagegen mit einer umfassenden militärischen Gegenoffensive, droht eine neue landesweite Eskalation – und damit eine noch stärkere Abhängigkeit von Saudi-Arabien und anderen externen Unterstützern. Zugleich könnten die Huthis eine solche Konfrontation propagandistisch nutzen, um die Regierung erneut als Instrument ausländischer Mächte darzustellen. Gerade darin liegt die politische Wirkung der neuen Eskalation: Sie müssen die Regierung nicht militärisch besiegen, um sie zu schwächen. Es könnte bereits genügen, ihre Fähigkeit, zu regieren und Sicherheit zu gewährleisten, dauerhaft infrage zu stellen.

Wer Europas Handelswege sichern will, darf nicht nur die Folgen der jemenitischen Instabilität auf See bekämpfen, sondern muss auch ihre Ursachen an Land angehen.

Ob der jemenitische Bürgerkrieg nun tatsächlich in vollem Umfang zurückkehrt, ist offen. Doch sollte es dazu kommen, wäre er kaum eine bloße Wiederholung des Krieges von 2015. Ein neuer Krieg wäre geprägt von Drohnen- und Raketenangriffen, wirtschaftlichen Attacken und einer zunehmenden Militarisierung des Roten Meeres. Es reicht aber auch, wenn der Ausnahmezustand wieder zur Normalität wird: wenn Angriffe auf Infrastruktur zunehmen, grenzüberschreitende Attacken zur Routine werden und an mehreren Fronten gleichzeitig gekämpft wird. Schon eine solche schleichende Eskalation könnte den ohnehin fragilen politischen Prozess zum Erliegen bringen – ohne dass die Konfliktparteien unmittelbar zu einem landesweiten Krieg zurückkehren.

Der gefährlichste Fehler wäre, in die alte Logik des Jemenkriegs zurückzufallen: auf einen Huthi-Angriff mit einem saudischen Gegenschlag zu reagieren, darauf mit neuer Mobilisierung – und so eine kalkulierte Eskalation in einen erneuten großflächigen Krieg zu verwandeln. Die Antwort auf die jüngsten Angriffe darf deshalb weder

darin bestehen, den Huthis erneut den Vorwand für weitere Gewalt zu geben, noch darin, Saudi-Arabien zu einer Intervention zu treiben. Deutschland und Europa sollten stattdessen auf eine doppelte Eindämmung setzen: die militärische Eskalation begrenzen und zugleich die politische und wirtschaftliche Stabilisierung des Jemen unterstützen. Der Schutz der Schifffahrt im Roten Meer bleibt notwendig. Er darf jedoch nicht zur einzigen Jemen-Politik Europas werden. Wer Europas Handelswege sichern will, darf nicht nur die Folgen der jemenitischen Instabilität auf See bekämpfen, sondern muss auch ihre Ursachen an Land angehen.

Gerade deshalb wäre es falsch, die jüngste Eskalation im Jemen lediglich als weitere Front des Iran-Kriegs zu lesen. Zweifellos nutzen die Huthis den regionalen Konflikt und ihre Nähe zu Teheran, um ihre eigene Position zu stärken. Doch ihre Angriffe folgen zugleich einer eigenen Logik: Sie setzen Saudi-Arabien unter Druck, schwächen die ohnehin fragile jemenitische Regierung und bringen einen Konflikt wieder in Bewegung, dessen ungelöste Machtfrage nie verschwunden ist. Der Iran-Krieg bietet ihnen damit das strategische Umfeld, um ihren eigenen Krieg unter veränderten Bedingungen fortzusetzen.



Ariela Groß
Berlin

Ariela Groß ist Referentin u.a. für die Länder Jemen, Jordanien und Irak der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach ihrem Studium der Nahostwissenschaften arbeitete sie in verschiedenen Funktionen für die Stiftung in Sanaa, Beirut und Tunis.